Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Ratsbetreuender Fachbereich **Allgemeine Verwaltung Verwaltungssteuerung**	Datum 11.10.2007
	Schriftführung: Christian Ruhe Telefon-Nr.: **02202/142237**

Niederschrift

Rat	**Sitzung am 20.09.2007**
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:04 Uhr - 21:06 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 19:20 Uhr - 19:29 Uhr

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A **<u>Öffentlicher Teil</u>**

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

2. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 19.06.2007 - öffentlicher Teil -**
403/2007

4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4.1 **Anzeige von Nebentätigkeiten**
505/2007

5. **Annahme einer Schenkung des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V.**
481/2007

6. **Haushalt 2008; Einbringung der Entwürfe**

1. Haushaltssatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2008

2. Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen für das Wirtschaftsjahr 2008

a. des Abwasserwerkes der Stadt Bergisch Gladbach
b. des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach
c. des Fachbereiches Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung bei der Stadt Bergisch Gladbach
492/2007

7. Umwandlung des öffentlich subventionierten Badbetriebes an der Saaler Mühle in ein privat betriebenes Thermalbad
485/2007

8. Einwohnerfragestunde
493/2007

9. Beteiligungsberichte 2004 und 2005
457/2007

10. Festlegung von Wertgrenzen gem. § 14 GemHVO
360/2007

11. Änderung der "Richtlinien zur Förderung des Außerunterrichtlichen Angebots an den Grundschulen und weiterführenden Schulen (Primar- und Sekundarstufe I) der Stadt Bergisch Gladbach"
428/2007

12. Zielvereinbarung für die soziale Versorgung der Senioren und Seniorinnen
400/2007

13. Landesfonds "Kein Kind ohne Mahlzeit"
421/2007

14. Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten
hier: Übernahme von Trägeranteilen bei Kindertagesstätten von Elterninitiativen
422/2007

15. Vereinbarung mit dem Deutschen Kinderschutzbund über die Förderung einer Präventions- und Anlaufstelle bei Gewalt gegen Jungen und Mädchen insbesondere bei sexuellem Missbrauch
378/2007

16. Neu- bzw. Wiederwahl der Schiedspersonen und der stellvertretenden Schiedspersonen für die Schiedsamtsbezirke Bergisch Gladbach I (Bergisch Gladbach - alt -) und Bergisch Gladbach II (Bensberg)
478/2007

17. Beschluss über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Stadtmitte" gemäß § 142 Abs. 3 Baugesetzbuch
480/2007

18. Änderung Nr. 162/5543 - Vinzenz-Pallotti-Straße - des Flächennutzungsplanes
- Beschluss zu Stellungnahmen
- Beschluss der Änderung
374/2007

19. Änderung Nr. 164/2162 - Feuerwache - des Flächennutzungsplanes
- Beschluss der Änderung
370/2007

20. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

20.1 Antrag der SPD-Fraktion (Eingang 31.08.2007) auf Umbesetzung im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden
494/2007

20.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 30.08.2007 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen
502/2007

20.3 Antrag der FDP-Fraktion vom 03.09.2007 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen
503/2007

20.4 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 03.09.2007 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen
504/2007

21. Anträge der Fraktionen

21.1 Antrag der Fraktion BfBB vom 03.06.2007 zum Haushalt 2007
476/2007

21.2 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 27.08.2007 zur Änderung der Richtlinien über die sonstige Benutzung von Straßen
487/2007

21.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 28.08.2007, eine Resolution zum Kinderbildungsgesetz (KiBiz) NRW zu verabschieden
501/2007

21.4 Antrag der SPD-Fraktion vom 27.08.2007, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um das Schwimmbad Mohnweg zu sanieren und so als Standort für das Schul- und Vereinsschwimmen zu erhalten
484/2007

21.5 Antrag der CDU- Fraktion vom 27.08.2007 zum Antrag der SPD-Fraktion vom 27.08.2007 "Schwimmbad Mohnweg"
497/2007

21.6 Antrag der CDU-Fraktion vom 31.08.2007
1. die städtischen Schulgelände vor unbefugter Nutzung zu schützen und

2. den Schutz der Anwohner vor Lärmbelästigung außerhalb der Schulzeiten in

geeigneter Form sicherzustellen
495/2007

21.7 Antrag der CDU-Fraktion vom 03.09.2007, die Verwaltung zu beauftragen, eine "Baugenehmigung in 24 Stunden" nach dem Vorbild der Stadt Köln auch in der Stadt Bergisch Gladbach einzuführen
498/2007

21.8 Antrag der CDU-Fraktion vom 03.09.2007, den Flächennutzungsplan der Stadt Bergisch Gladbach bis 2009 fortzuschreiben
499/2007

21.9 Antrag der CDU-Fraktion vom 03.09.2007, in der Straße "Neuenweg" in Bensberg alternierende Parkbuchten einzurichten
500/2007

21.10 Antrag der CDU-Fraktion vom 05.09.2007 zur Gründung einer "Infrastruktur- und Stadtentwicklungsgesellschaft"
506/2007

21.11 Antrag der CDU-Fraktion vom 05.09.2007, eine Resolution zum Erhalt des gegliederten Schulsystems im Rat der Stadt Bergisch Gladbach zu verabschieden
507/2007

22. Anfragen der Ratsmitglieder

B **<u>Nicht öffentlicher Teil</u>**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil -**

2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 19.06.2007 - nicht öffentlicher Teil -**
404/2007

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

4. **Wahl eines Geschäftsführers für die GL Service gGmbH**
488/2007

5. **Ehrungen mit der Ehrennadel in Gold, der Ehrennadel in Silber und der Ehrennadel nach der städtischen Ehrungssatzung**
453/2007

5.a **Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach an der Gemeinnützigen Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft mbH (RBS);**
Erwerb eigener Anteile durch die Gesellschaft
509/2007

5.b **Neu- bzw. Wiederwahl der Schiedspersonen und der stellvertretenden Schiedspersonen für die Schiedsamtsbezirke Bergisch Gladbach I (Bergisch Gladbach - alt -) und Bergisch Gladbach II (Bensberg)**

6. **Anträge der Fraktionen**

7. **Anfragen der Ratsmitglieder**

Protokollierung

A **Öffentlicher Teil**

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

@-> Herr Orth gibt bekannt, dass Frau Annika Böcher zum 31.07.2007 ihr Ratsmandat niedergelegt hat und dankt Frau Böcher für ihr kommunalpolitisches Engagement zum Wohle der Stadt Bergisch Gladbach. Zum Nachfolger von Frau Böcher wurde Herr David Rosen bestellt, der das Ratsmandat mit Wirkung zum 01.08.2007 angenommen hat.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet der Bürgermeister Herrn Rosen in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben als Ratsmitglied.

Bürgermeister Orth eröffnet daraufhin die 19. Sitzung des Rates in der siebten Wahlperiode.

Herr Orth stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die heutige Sitzung haben sich Herr Haasbach, Herr Kraus, Herr Kremer, Herr Lob, Herr Nagelschmidt (alle CDU-Fraktion), Herr Dr. Winzen (SPD-Fraktion), Frau Ryborsch, Herr Ziffus (beide Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Herr Schier und Frau Vollmer (beide FDP-Fraktion) entschuldigt.

Herr Orth benennt die Unterlagen der heutigen Sitzung:

- die Einladung vom 06.09.2007 mit den dazugehörigen Vorlagen und den Beratungsergebnissen aus den Fachausschüssen,
- die mit Schreiben vom 12.09.2007 übersandte Vorlage 509/2007 zur Ergänzung der Tagesordnung (TOP B 5a),
- die mit Schreiben vom 14.09.2007 übersandte aktualisierte Anlage zur Tagesordnung mit den Beratungsergebnissen aus den Sitzungen des Hauptausschusses und des Finanz- und Liegenschaftsausschusses,
- die aktualisierte Anlage zur Tagesordnung vom 20.09.2007 mit den Beratungsergebnissen aus den Sitzungen des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport (Tischvorlage),
- den Entwurf des Haushaltsplans 2008 und ein Papier zur Zielsteuerung 2008 (Tischvorlagen),
- zwei Anträge der FDP-Fraktion zu den TOP A 7 und A 21.11 (Tischvorlagen).

Herr Dr. Baeumle-Courth beantragt, TOP A 16 - Neu- bzw. Wiederwahl der Schiedspersonen - im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln. Herr Schütz erläutert, dass er diesen Antrag ebenfalls habe stellen wollen.

Der **Antrag** wird gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion bei einer Enthaltung aus den Reihen der CDU-Fraktion mehrheitlich angenommen.

Herr Rickes beantragt, TOP B 5a - Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach an der Gemeinnützigen Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft mbH (RBS) - im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln, sofern dem keine rechtlichen Bedenken entgegenstehen. Die finanzielle Ausstattung und die wirtschaftliche Situation der RBS seien von allgemeiner Bedeutung.

Herr Mömkes spricht sich gegen diesen Antrag aus. Die Stadt Bergisch Gladbach sei nicht der einzige Anteilseigner der RBS.

Herr Orth erläutert, dass vor einer Beratung und Entscheidung zu diesem Antrag zunächst die Nichtöffentlichkeit der Sitzung hergestellt werden müsste. Auf dieses aufwändige Verfahren könne seines Erachtens in diesem Fall verzichtet werden. Der Rat zeigt sich damit einverstanden.

Für diesen **Antrag** stimmen 14 Ratsmitglieder. Mit Gegenstimmen der übrigen Ratsmitglieder wird der Antrag bei 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

<-@

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

@-> Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 19.06.2007 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

<-@

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 19.06.2007 - öffentlicher Teil -

@-> Der schriftliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

<-@

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

4.1 Anzeige von Nebentätigkeiten

@-> Die schriftliche Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Orth weist zusätzlich auf die Auskunftspflicht der Rats- und Ausschussmitglieder nach der Ehrenordnung unter Einbeziehung von § 17 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW hin. Die folgenden sachkundigen Bürgerinnen und Bürger seien dieser Verpflichtung bisher nicht nachgekommen und sollten dies schnellstmöglich nachholen: Markus Graner, Boris Jentsch und Fritz-Joachim Piehl.

Sowohl diese Auskünfte als auch die Anzeige von Nebentätigkeiten des Bürgermeisters seien unter „www.bergischgladbach.de“ einsehbar.

<-@

5. Annahme einer Schenkung des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V.

@-> Herr Hagen begibt sich in den Zuschauerbereich, da er befangen ist.

Die Fraktionsvorsitzenden und Herr Orth sprechen dem Verschönerungsverein besonderen Dank aus.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Schenkung des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V. - die Renovierung von Türen im Foyer und in der ersten Etage des Ratshauses Gladbach - wird mit besonderem Dank angenommen.

Herr Hagen kehrt an seinen Platz zurück.

<-@

6. Haushalt 2008; Einbringung der Entwürfe

1. Haushaltssatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2008

2. Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen für das Wirtschaftsjahr 2008
a. des Abwasserwerkes der Stadt Bergisch Gladbach
b. des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach
c. des Fachbereiches Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung bei der Stadt Bergisch Gladbach

@-> Herr Orth überträgt die Sitzungsleitung auf Herrn Hagen und hält seine Rede zur Einbringung des Haushalts 2008.

Das Redemanuskript ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Orth übernimmt daraufhin wieder die Sitzungsleitung.

Es folgt die Haushaltsrede von Herrn Mumdey.

Das Redemanuskript ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Rat fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Entwürfe der Haushaltssatzung 2008 und der Wirtschaftspläne 2008 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen des Abwasserwerkes der Stadt Bergisch Gladbach, des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach und des Fachbereiches Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung bei der Stadt Bergisch Gladbach werden zur Beratung an die Fachausschüsse überwiesen.

<-@

7. Umwandlung des öffentlich subventionierten Badbetriebes an der Saaler Mühle

in ein privat betriebenes Thermalbad

@-> Herr Orth erläutert, dass der Finanz- und Liegenschaftsausschuss in seinen Beratungen zu den Ziffern 5 und 6 der Beschlussvorlage den Verhandlungsauftrag ergänzt habe, vertraglich zu vereinbaren, dass auf dem Gelände nur ein Thermalbad und nur ein Hotel errichtet werden und die Fläche damit nicht anderweitig genutzt werden könne.

Herr Dr. Fischer erläutert die Ergänzungsanträge der FDP-Fraktion, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt sind. In der Begründung zu den Anträgen müsse es jedoch unter „Zu 2." korrekt heißen: „10 EUR pro m^2"; die Höhe des Betrages könne auch niedriger angesetzt werden.

Herr Mömkes weist darauf hin, dass die Zustimmung zum Verkauf des Bades für die CDU-Fraktion keine leichte Entscheidung gewesen sei. Es gebe jedoch keine Alternative zum Verkauf des Bades. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag daher zustimmen. Dies könne jedoch nur geschehen, wenn zukünftig auch das Bad im Mohnweg und das Hans-Zanders-Bad saniert würden, um die durch den heutigen Beschluss wegfallende Schwimmfläche zu kompensieren. Die CDU-Fraktion habe daher einen entsprechenden Änderungsantrag gestellt (siehe TOP A 21.5).

Herr Lang verliest einen Fragenkatalog der BfBB-Fraktion, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er werde eine Vertagung des Beschlusses beantragen, falls die Fragen nicht beantwortet würden.

Herr Orth entgegnet, dass es kein informatorisches Versäumnis seitens der Verwaltung gebe. Es habe in mehreren Ausschusssitzungen die Möglichkeit gegeben, Fragen zu stellen. Er persönlich habe sich angeboten, die Fraktionen zu informieren. Von all den zur Verfügung stehenden Informationsmöglichkeiten habe die BfBB-Fraktion jedoch nur in beschränktem Maße Gebrauch gemacht. Aus rechtlicher Sicht spreche nichts gegen eine heutige Beschlussfassung des Rates.

Herr Lang führt aus, die BfBB-Fraktion habe die alten Verträge und das Gutachten der Wirtschaftsberatung angefordert, woraus sich weitere Fragen ergeben hätten. Dann habe er bei der Bädergesellschaft telefonisch Informationen einzuholen versucht, sei jedoch von der Geschäftsführung abgewiesen worden.
Herrn Kamp sei zugesagt worden, dass er Unterlagen zur Beantwortung seiner Fragen noch vor der Fraktionssitzung erhalten würde und dies sei nicht geschehen. Wenige Stunden vor der Fraktionssitzung habe man Unterlagen, die die BfBB-Fraktion angefordert hätte, um Fragen formulieren zu können, erhalten. Für eine intensive Vorbereitung auf die Sitzung und Klärung aller Fragen habe die Zeit dann nicht mehr ausgereicht. Herr Lang beantragt zur Geschäftsordnung, den Beschluss zu vertagen und über diesen Antrag geheim abzustimmen.

Herr Orth stellt fest, dass dies nicht die erste politische Entscheidung sei, die Herr Lang durch eine Unzahl von Fragen zu blockieren versuche. Irgendwann müsse jedoch entschieden werden. Er sei nicht der Auffassung, dass die Informationsrechte der Mitglieder der BfBB-Fraktion beschnitten worden seien. Die Verwaltung habe die Politik offensiv über die Angelegenheit unterrichtet und alle angeforderten Unterlagen zur Verfügung gestellt. Die Fragen von Herrn Kamp, die dem Bürgermeister in der letzten Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses mit der Bitte übergeben

worden seien, diese bis zur Ratssitzung zu beantworten, seien auch vor der heutigen Sitzung beantwortet worden.
Da Herr Lang bereits zur Sache gesprochen und daher nach der Geschäftsordnung keinen Antrag auf Vertagung mehr stellen könne, fragt Herr Orth die übrigen Mitglieder der BfBB-Fraktion, ob sie einen Antrag auf Vertagung stellen möchten.

Herr Kamp beantragt daraufhin die Vertagung des Beschlusses und die geheime Abstimmung darüber.

Herr Orth gibt den übrigen Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem Antrag.

Die Frage von Herrn Dr. Fischer, ob eine Vertagung finanzielle Konsequenzen hätte, wird von Herrn Orth unter Hinweis auf die in der Vorlage aufgeführten Termine bejaht.

Frau Beisenherz-Galas spricht sich für den Antrag aus, da in der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch Beratungsbedarf bestehe.

Herr Waldschmidt weist darauf hin, dass ein Vertagungsantrag erst dann zulässig sei, wenn jede Fraktion die Möglichkeit gehabt habe, zur Sache zur sprechen. Er halte es seitens der BfBB-Fraktion für sehr vermessen, zunächst einen langen Fragenkatalog zu verlesen und dann einen Antrag auf Vertagung zu stellen, obwohl die übrigen Fraktionen noch nicht die Möglichkeit gehabt hätten, zur Sache zu sprechen.

Herr Dr. Baeumle-Courth kritisiert, dass die Stadt vor bzw. in den Vertragsverhandlungen in eine schlechte Verhandlungsposition geführt worden sei, weil seitens der Stadt immer signalisiert worden sei, dass man die Verpflichtungen gegenüber dem Betreiber des Mediterana so schnell wie möglich loswerden wolle. Der Betreiber des Bades habe sich vor den Verhandlungen immer dahingehend geäußert, dass er mit der bestehenden Situation gut leben könne und sich damit eine starke Verhandlungsposition verschafft.
Der Kaufpreis von 2 Mio. EUR sei willkürlich gewählt. Die Stillstandskosten in Höhe von 1,9 Mio. EUR seien eine direkte und offene Subvention eines privaten Investors. Man befinde sich bei einer realistischen Immobilienbewertung in einer Größenordnung, für die das von Herrn Lang angesprochene Urteil des EuGH relevant werde. Da die Stadt die Ausfallbürgschaft verlängere, obwohl sie die Immobilie gerade verkaufe, werde deutlich, dass die Stadt dem Investor weiterhin günstige Kreditkonditionen gewähren wolle. Auch das Angebot der Stadt, dem Betreiber Baurecht für eine eventuelle Errichtung eines Hotels zu schaffen, werde nicht in Geldwert dargestellt. Es sei ehrlicher, heute über ein Gesamtpaket zu sprechen, in dem klar ersichtlich werde, welche finanziellen Leistungen die eine und welche Gegenleistungen die andere Seite dafür erbringe.
Es müsse jedoch erst ein Bäderkonzept, das auch die Sicherung des Schul- und Vereinsschwimmens einbeziehe, aufgestellt werden, bevor man das Bad an der Saaler Mühle verkaufe. Daher sei die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen den Beschlussvorschlag in der jetzt vorliegenden Form, wolle aber die schlechte finanzielle Situation der Bäder GmbH nicht ignorieren.
Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, ob es der Wahrheit entspreche, dass die Mediterana-Gesellschaft gegebenenfalls die Grunderwerbssteuer nicht in voller Höhe selbst, sondern nur einen Bruchteil davon zahlen würde.

Herr Orth verweist auf eine Beantwortung der Frage im nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Herr Waldschmidt stellt klar, dass die Zustimmung zum Verkauf des Bades auch für die SPD-Fraktion nicht leicht gewesen sei. Der Entschluss sei jedoch unabweislich, weil sonst das Vermögen aus den Fonds zur Finanzierung der Bäder GmbH mittelfristig aufgebraucht und dann der Bestand der gesamten Bäderlandschaft gefährdet wäre. Die SPD-Fraktion habe das Konstrukt der Finanzierung der Bäder GmbH und die schlechte Vertragsposition nicht zu verantworten, stehe aber jetzt vor der Situation, dies bei Beschlüssen berücksichtigen zu müssen.

Herr Schütz kritisiert, dass bisher kein Bäderkonzept vorgestellt wurde, obwohl ein solches offensichtlich - zumindest in Fragmenten - bestehe. Es müsse der CDU-Fraktion zugestanden werden, dass aus damaliger Sicht zu dem bis jetzt bestehenden Vertrag nur eine Alternative bestanden hätte, nämlich das Bad an der Saaler Mühle zu schließen. Aus heutiger Sicht hätte man den Vertrag etwas anders gestalten sollen, z.B. hätten Gewinnbeteiligungen vereinbart werden können. Herr Schütz erläutert, dass die KIDitiative den Antrag der FDP-Fraktion unterstützen werde. Der Ziffer 2 (Stillstandskosten) des Beschlussvorschlages werde die KIDitiative-Fraktion nicht zustimmen.

Herr Orth lässt den Rat daraufhin über den **Antrag** von Herrn Kamp, eine geheime Abstimmung über den Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung durchzuführen, abstimmen.

Für die geheime Abstimmung stimmen 11 Ratsmitglieder (darunter die Ratsmitglieder der Fraktionen KIDitiative und BfBB), die übrigen Ratsmitglieder stimmen dagegen. Die für eine geheime Abstimmung erforderliche Anzahl von 1/5 der Stimmen der Ratsmitglieder ist damit nicht erreicht. Der Antrag wird abgelehnt.

Herr Orth lässt über den **Vertagungsantrag** von Herrn Kamp abstimmen.

Für die Vertagung stimmen die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion, die Fraktion KIDitiative und die BfBB-Fraktion. Mit Gegenstimmen der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion wird der Antrag bei einer Enthaltung aus den Reihen der FDP-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

Frau Beisenherz-Galas bekräftigt die Ausführungen von Herrn Dr. Baeumle-Courth. Es sei völlig unklar, wie dieser Verlust für den Schul- und Vereinssport aufgefangen werden solle. Ihre Fraktion bezweifle, ob alle Risiken vertraglich ausgeschlossen werden könnten, ob und wie überhaupt ein Hotel gebaut werde und ob und wie das Schwimmbad tatsächlich in ein Thermalbad umgewandelt werde.

Herr Schwamborn meint, dass das Bad an einen Betreiber, der daraus großen Nutzen ziehen könne, „verschenkt“ werde. Der Betreiber wolle ein Thermalbad, ein Hotel und ein Blockheizkraftwerk bauen und sei dazu auf die Genehmigung der Stadt angewiesen. Sollte die Stadt ihm diese verweigern, so stehe er wegen fehlender Attraktivität des Bades in wenigen Jahren vor leeren Schwimmbadkassen. Dann würde der

Stadt ein „Filet“-Grundstück von 56.000 m^2 wieder zur Verfügung gestellt. Die Stadt befinde sich also in einer sehr günstigen Verhandlungsposition, die jedoch vom Bürgermeister nicht wahrgenommen werde.

Herr Dr. Kassner widerspricht den Aussagen von Herrn Schwamborn und Herrn Lang. Er weist darauf hin, dass es das Schwimmbad an der Saaler Mühle ohne seinen jetzigen Betreiber nicht mehr geben würde. Ende der 90er Jahre sei das Bad alt und marode gewesen. Die Stadt habe kein Geld für eine Sanierung gehabt. Um künftigen Generationen keinen Schuldenberg zu hinterlassen, sei dann der Betreibervertrag abgeschlossen worden. Dass man diesen Betreiber gefunden habe, sei ein Glücksfall für die Stadt: Das Mediterana sei ein überregional bedeutsames Wellness-Bad, liefere Aufträge für die heimischen Handwerkerbetriebe und belebe Einzelhandel, Gastronomie- und Hotelgewerbe. Im Übrigen habe der Rat im letzten Jahr der Änderung des Betreibervertrages zugestimmt. Bergisch Gladbach habe im Vergleich mit anderen deutschen Städten 30% mehr Schwimmflächen; dies sei auf Dauer nicht finanzierbar. Alle hätten bisher an freiwilligen Leistungen der Stadt einsparen müssen, die Schwimmvereine jedoch würden nach wie vor kostenlos die Schwimmbäder nutzen. Auch daran müsse sich etwas ändern. Mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag werde ein ausgewogener Vertrag abgeschlossen. Die Stadt spare sich künftig Zuschüsse in Höhe von 800.000,- EUR pro Jahr; derzeit würden seitens der Bäder GmbH jährlich 1-1,2 Mio. EUR Verlust gemacht, weil die Erträge den Aufwand nicht kompensierten. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag daher zustimmen. Zu den Punkten 5. und 6. der Beschlussvorlage solle dem Aufsichtsrat ein Verhandlungsauftrag erteilt werden, die Absichten des Betreibers vertraglich zu fixieren. Der FDP-Antrag laufe in Ziffer 1 im Prinzip auf das gleiche Ergebnis hinaus. Es könne jedoch ein Verhandlungsauftrag beigefügt werden, eine vertragliche Verpflichtung der Betreibergesellschaft zu erreichen, dass Bergisch Gladbacher Bürgerinnen und Bürger das Bad zu vergünstigten Eintrittspreisen nutzen könnten. Den Ziffern 2 und 3 des Antrags werde die CDU-Fraktion nicht zustimmen. Er schlage zudem vor, im ersten Absatz des Antrags die Formulierung „zu treffen“ durch die Formulierung „zu erreichen“ zu ersetzen.

Für Herrn Orth steht fest, dass es natürlich vertraglich festgelegt werden müsse, was der Betreiber bauen müsse bzw. dürfe und was nicht. Insofern stimme er mit den Aussagen von Herrn Dr. Kassner und dem FDP-Antrag überein. Die Zahlung eines Mehrwertausgleiches bei Errichtung eines Hotels halte er für in den weiteren Verhandlungen nicht umsetzbar. Die Ziffern 2 und 3 des FDP-Antrages könne er nicht nachvollziehen und dies könnte aus seiner Sicht nicht realisiert werden.

Frau Schmidt-Bolzmann führt aus, dass sie von Bürgern erfahren habe, dass das gesamte Gelände § 34 BauGB unterliege und damit Bauland sei. Das heiße, der Betreiber könnte es im gleichen Ausmaß wie die umliegende Bebauung (Schule, Eissporthalle, Hallenbad) bebauen und die Stadt könnte dies nicht verhindern. Für 56.000 m^2 Bauland müsse die Stadt mehr verlangen. Gegen den Vertrag stehe zusätzlich, dass mit Bau eines Thermalbades 1/3 der Bergisch Gladbacher Bevölkerung keine Schwimmmöglichkeit mehr hätte. Es müsste wenigstens eine Rückfallklausel für den Fall der Einstellung des Badbetriebs vereinbart werden. Die Stadt müsse sich ein Zugriffsrecht auf die Bebauung des Grundstücks sichern.

Herr Schmickler entgegnet, dass ein Großteil der Fläche nicht nach § 34 BauGB zu bewerten sei. Lediglich der Bereich unmittelbar zwischen den heutigen Badgebäuden

und der Schule sei bei einer Ansiedlung eines entsprechend großen Projektes nach § 34 BauGB zu bewerten; alle anders lautenden Aussagen seien Fehlinformationen, die jedoch nicht von der Verwaltung stammen würden.

Frau Schmidt-Bolzmann widerspricht dieser Aussage. Ihr liege im Zusammenhang mit der Diskussion um den Landschaftsplan Südkreis eine schriftliche Antwort der Stadt auf Bedenken der Anlieger der Bahntrasse und des Mediterana vor. Die Stadt habe geantwortet, das gesamte Mediterana-Gelände sei - bis auf eine kleine Fläche, die sog. „Gänsewiese“ - nach § 34 BauGB zu bewerten.

Herr Orth führt aus, dass dies seitens der Verwaltung geklärt werde.

Herr Dr. Fischer kritisiert, dass Herr Orth durch seine Aussage, die Punkte 2. und 3. des Antrages der FDP-Fraktion seien gegenüber dem Betreiber nicht umsetzbar, das Ergebnis möglicher Verhandlungen schon vorwegnehme. Er habe Zweifel, ob Herr Orth der richtige Verhandlungspartner sei, wenn er bereits jetzt ein negatives Verhandlungsergebnis erwarte. Er weist darauf hin, dass bezüglich des Umbaus des Bades nach Aussagen des Bürgermeisters noch Kredite in Höhe von ca. 7 Mio. EUR bei den Banken in Rede stünden. Diese Kredite werde die Betreibergesellschaft unbeschadet der Änderung des Vertrages auch abtragen. Es sei dagegen zu rechnen, dass Teile der Anlage noch einen Wert darstellen, da sie in den Neubau des Thermalbades eingefügt würden. Man könne nicht im Einzelnen beziffern, wie hoch der Wert dieser Gebäudeteile sei. Trotzdem habe die FDP-Fraktion grob berechnet, dass die 2 Mio. EUR, die ursprünglich in Rede gestanden hätten, ein ordentlicher Verkaufspreis für den nutzbaren Teil der Anlage gewesen wären. Der nun ausgehandelte Abschlag würde von Teilen der FDP-Fraktion akzeptiert, wenn gleichzeitig der Antrag der FDP-Fraktion berücksichtigt werde. Sollte der Antrag abgelehnt werden, könne die Fraktion diesem Abschlag nicht zustimmen.

Herr Orth erläutert, dass der vorliegende Beschlussvorschlag das wirtschaftliche Gesamtergebnis der Verhandlungen darstelle und aus seiner Sicht weitergehende Forderungen, insbesondere Ziffer 2 des Antrages der FDP-Fraktion, im Vertrag als Verhandlungsergebnis nicht nachträglich unterzubringen seien.

Herr Kleine bekräftigt diese Einschätzung.

Herr Mömkes erläutert, dass die Stadt nichts „verschenke“. Es gehe für die Stadt um Einsparungen in Höhe von 800.000,- EUR jährlich, mit denen die Bäder GmbH zum Wohle der anderen Bäder in Bergisch Gladbach wirtschaften könne. Die CDU-Fraktion schließe sich in Bezug auf den Antrag der FDP-Fraktion den Ausführungen des Bürgermeisters an. Die Ziffer 1 des Antrages sei bereits in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses als Verhandlungsauftrag formuliert worden. Die Ziffern 2 und 3 seien wünschenswert, dürften dem Gesamtprojekt jedoch nicht im Wege stehen.

Herr Hoffstadt führt aus, dass jedes verantwortungsvolle Ratsmitglied die mit dem Beschlussvorschlag vorliegende Chance der Reduzierung des jährlichen Defizits der Bäder GmbH zum Wohle der Stadt Bergisch Gladbach wahrnehmen müsse. Er weise für sich persönlich ausdrücklich darauf hin, dass er es nicht akzeptieren könne, in welcher Art und Weise der Betreiber des Mediterana von einigen Ratsmitgliedern in der heutigen Diskussion traktiert werde. Dieser sei ein ehrlicher Verhandlungspartner,

der Positives für die Stadt Bergisch Gladbach leiste.

Herr Orth appelliert ebenfalls an die Ratsmitglieder, sachlich zu diskutieren.

Herr Kamp äußert, dass die Stadt - bei allen geschilderten Vorteilen - durch den Verkauf ein sehr großes Grundstück in einem Naherholungsgebiet von Refrath sowie eine Schwimmmöglichkeit für die Schulen verliere. Auch die BfBB-Fraktion wolle die Stadt finanziell entlasten. Die vorliegende Beschlussvorlage sei jedoch nicht ausgereift, weshalb er nicht zustimmen könne.

Herr Lang fragt, an welcher Stelle die Geschäftsordnung vorsehe, dass ein Antrag zur Geschäftsordnung nicht gestellt werden dürfe, wenn das Ratsmitglied bereits zur Sache gesprochen habe.
Nach seiner Überzeugung sei der ursprüngliche Betreibervertrag nicht so schlecht gewesen, wie er nun von manchen Ratsmitgliedern dargestellt werde. Es sei damals darum gegangen, einen Fehlbetrag konstant halten zu können und nicht noch zu vergrößern. Es habe sich jedoch auch ergeben, dass die Betreiber nicht so viel Fläche oder so viele Stunden zur Verfügung gestellt hätten, wie sie sie eigentlich zur Verfügung hätten stellen müssen. Dadurch hätten sie in 2001 und 2002 rund 150.000,- DM mehr an Ausgleich erhalten, als ihnen eigentlich zugestanden habe. Ganz schlecht sei die Situation erst durch den Vertrag aus dem Jahr 2006 geworden, in dem man die Kaufoption vereinbart habe, die die Stadt heute zwinge, einen niedrigeren Kaufpreis zu gewähren, als es eigentlich vertretbar sei.

Herr Orth beantwortet die Frage unter Bezugnahme auf § 16 Geschäftsordnung. Er weist zusätzlich auf § 13 Absatz 6 der Geschäftsordnung hin, wonach die Redezeit im Regelfalle bis zu 10 Minuten betrage und ein Ratsmitglied höchstens dreimal zum selben Punkt der Tagesordnung sprechen dürfe.

Herr Dr. Baeumle-Courth erläutert unter Bezugnahme auf die Wortbeiträge einiger Vorredner, dass über einen derartigen Vertrag ausführlich diskutiert werden dürfe und müsse. Es gebe noch kein Bäderkonzept, das eine ausreichende Bereitstellung von Schwimmflächen für Vereins- und Schulschwimmen garantiere. Es werde immer wieder auf die Einsparungen in Höhe von 800.000,- EUR jährlich Bezug genommen. Dabei werde außer Acht gelassen, dass die Stadt dafür auch keine Leistung vom Betreiber des Schwimmbades - in Form von Bereitstellung von Schwimmflächen - mehr erhalten würde. Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, ob zwischenzeitlich die Problematik der früher durch den Betreiber zumindest einmal nicht bezahlten Abwassergebühren geklärt worden sei und ob der Betreiber die Gebühren inzwischen ordnungsgemäß ohne Rechtsstreitigkeiten entrichtet habe.

Herr Orth verweist auf eine Beantwortung im nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Herr Dr. Fischer widerspricht der Einschätzung des Bürgermeisters zum Antrag der FDP-Fraktion. Der unter Ziffer 2 formulierte Mehrwertausgleich sei ein bei solch vagen Bauvorhaben zumindest seitens der Stadt übliches Verfahren; es könne daher im Umkehrschluss auch auf das Mediterana Anwendung finden. Er zweifle daran, dass über die unter Ziffer 3 formulierte Parkplatznutzung überhaupt verhandelt worden sei. Es handele sich dabei jedoch um eine wirtschaftlich für den Betreiber unbedeutende Zusage. Dem Vorschlag von Herrn Dr. Kassner, im ersten Absatz des Antrags die Formulierung „zu treffen“ durch die Formulierung „zu erreichen“ zu erset-

zen, könne er zustimmen.

Herr Schütz erläutert, dass der Rat dem Bürgermeister die Verhandlungslinien vorgebe. Die Stärke der Verhandlungsposition des Bürgermeisters liege darin, gegenüber dem Verhandlungspartner genau darauf hinweisen zu können; dies gelte daher auch für den Antrag der FDP-Fraktion.

Herr Kamp fragt, ob mit dem Betreiber noch verhandelt werden könne oder ob diese Option nicht mehr bestehe.

Herr Waldschmidt erläutert, dass die SPD-Fraktion den Antrag der FDP-Fraktion ablehnen werde. Ziffer 1 sei zudem schon als Verhandlungsauftrag im Finanz- und Liegenschaftsausschuss beraten worden und insofern Bestandteil des heutigen Beschlusses. Er **beantragt** daraufhin eine Unterbrechung der Sitzung, um den Fraktionen die Möglichkeit zur internen Abstimmung zu geben. Die übrigen Fraktionsvorsitzenden zeigen sich damit einverstanden.

Herr Orth unterbricht die Sitzung um 19:20 Uhr. Die Sitzung wird um 19:29 Uhr fortgesetzt.

Herr Mömkes erläutert, dass die CDU-Fraktion den FDP-Antrag ablehnen werde, da der Inhalt von Ziffer 1 des Antrags bereits in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses beraten worden und als Verhandlungsauftrag insofern Bestandteil des heutigen Beschlusses sei.

Für den **Antrag** der FDP-Fraktion stimmen die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion, die Fraktion KIDitiative und die BfBB-Fraktion. Mit Gegenstimmen der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Herr Orth lässt daraufhin über den Beschlussvorschlag in der Fassung des Beratungsergebnisses des Finanz- und Liegenschaftsausschusses abstimmen.

Der Rat fasst mehrheitlich bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen folgenden **Beschluss**:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bäder GmbH wird beauftragt, in der Gesellschaft folgende Eckpunkte zur Umwandlung des öffentlich subventionierten Badbetriebes an der Saaler Mühle in ein privat betriebenes Thermalbad umzusetzen:

1. Der im Rahmen des Betreibervertrages bezeichnete Grundbesitz wird zum 30.06.2008 zu dem im Betreibervertrag festgesetzten Kaufpreis von 2 Mio. € an die künftige Betreibergesellschaft veräußert.

Der Rat fasst mehrheitlich bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen folgenden **Beschluss**:

2. Auf den Kaufpreis werden nicht kompensierbare Stillstandskosten während der

Bauphase bis zur Höhe von 1,9 Mio. € angerechnet.

Der Rat fasst mehrheitlich bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen folgenden **Beschluss**:

3. Die städtische Ausfallbürgschaft vom 06.10.1998 bleibt weiter, allerdings befristet auf den 31.12.2015, bestehen. Hierzu ist der Betreibervertrag aus dem Jahr 2006 entsprechend zu ändern.

Der Rat fasst mehrheitlich bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen folgenden **Beschluss**:

4. Zum 30.06.2008 wird der zwischen der Bäder GmbH und der Managementgesellschaft Saaler Mühle GmbH & Co. Freizeitanlagen Betriebsgesellschaft KG bestehende Betreibervertrag aufgehoben.

Der Rat fasst mehrheitlich bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen folgenden **Beschluss**:

5. Die Käuferin verpflichtet sich, bis zum 31.12.2009 an Stelle des heutigen Hallen- und Freibades den Neubau eines Thermalbades fertig zu stellen.

Der Rat fasst mehrheitlich bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen folgenden **Beschluss**:

6. Die Käuferin beabsichtigt, auf dem Gelände ein Hotel zu errichten. Die Stadt unterstützt diese Absicht und wird im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten Baurecht schaffen.

Herr Lang weist - auf Grund des Umstandes, dass das Abstimmungsverhalten der einzelnen Fraktionen wegen der schnellen Abfolge der einzelnen Beschlüsse von der Verwaltung nicht vermerkt werden konnte und auch für die Tonbandaufnahme durch die Sitzungsleitung nicht mündlich formuliert wurde - für die Niederschrift ausdrücklich darauf hin, dass die BfBB-Fraktion bei allen Ziffern des Beschlussvorschlages mit „Nein“ gestimmt habe.

<-@

8. Einwohnerfragestunde

@-> Herr Orth verliest die Frage von Herrn Hoffmann, ob sich die Stadt Bergisch Gladbach für den NRW-Tag 2012 bewerben könne.

Herr Orth antwortet, dass der NRW-Tag als jährlich stattfindende Feier anlässlich der Gründung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen am 23. August von Großstädten des Landes im Wechsel veranstaltet werde. Für die Jahre 2008 (Wuppertal), 2009

(Hamm), 2010 (Siegen) und 2011 (Bonn) seien die Bewerbungsverfahren bereits abgeschlossen. Für den Zeitraum ab 2012 sei die Ausrichtung des NRW-Tages noch nicht ausgeschrieben, so dass die Rahmenbedingungen sich gegebenenfalls noch ändern könnten und noch nicht planungssicher feststünden. Eine Prüfung, ob sich die Stadt Bergisch Gladbach um den NRW-Tag bewerben soll, könne erst erfolgen, wenn das Land die Ausrichtung des NRW-Tages wieder ausschreibe. Herr Orth weist auf die finanziellen Auswirkungen einer Ausrichtung des NRW-Tages hin: Ein Eigenbeitrag der Stadt in Höhe von ca. 300.000,- EUR über Haushaltsmittel und Sponsorengelder lasse sich bei der derzeitigen Haushaltslage nur sehr schwer darstellen. Sponsorengelder könnten zudem nicht in beliebiger Höhe akquiriert werden. Für die etablierten Bürgerfeste, die ebenfalls auf Sponsorengelder angewiesen seien, würde durch die Ausrichtung eines NRW-Tages daher massive Konkurrenz entstehen. Ob eine Bewerbung für die Ausrichtung des NRW-Tages ab 2012 sinnvoll ist, werde nach Bekanntgabe der Bewerbungsrichtlinien erneut zu prüfen sein.

Eine Zusatzfrage wird nicht gestellt.

<-@

9. Beteiligungsberichte 2004 und 2005

@-> Herr Dr. Kassner fragt zum Beteiligungsbericht 2005, ob es sich bei der Einheit in der letzten Spalte der Tabelle auf Seite 11 („Jahresüberschuss / -fehlbetrag“) ebenfalls um „TEUR“ handele; es sei keine Einheit aufgeführt.

Herr Orth verweist auf eine schriftliche Beantwortung.

Herr Dr. Kassner erläutert, dass im zweiten Absatz auf Seite 27 davon berichtet werde, dass die Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH (SRS) nach wie vor davon ausgehe, dass es Pläne gebe, die Linie 1 in Bensberg bis in Höhe der BAB-Anschlussstelle Moitzfeld zu verlängern. Er persönlich würde diese Forderung zunächst aufrechterhalten, obwohl er wisse, dass dies derzeit nicht finanzierbar sei.

Herr Orth bestätigt diese Einschätzung.

Herr Dr. Kassner führt aus, im ersten Absatz auf Seite 57 werde erläutert, dass Schulen und Vereine die Bäder nach der derzeit geltenden Entgeltregelung grundsätzlich unentgeltlich nutzen würden. Zum einen handele es sich dabei um eine versteckte Ausschüttung zu Gunsten der Stadt, da diese für die Inanspruchnahme der Bäder durch Schulen und Vereine nichts zahlen müsse; Zuschüsse würden ebenfalls nicht geleistet. Zum anderen müssten sich auch die Schwimmvereine an den Sparmaßnahmen bei freiwilligen Leistungen beteiligen und für die Inanspruchnahme der Bäder zur Kasse gebeten werden. Er mahne in diesem Zusammenhang ausdrücklich das Erstellen eines Bäderkonzeptes an. Dieses müsse wie vereinbart bis Ende des Jahres fertig gestellt sein.

Im letzten Absatz derselben Seite werde dargestellt, dass es nach aktuellem Kenntnisstand angestrebt werde, das Hallenbad Stadtmitte ab dem Jahr 2007 als Vereinsbetreibermodell zu nutzen. Nach seiner Einschätzung seien die zwischenzeitlich durchgeführten Verhandlungen jedoch gescheitert. Dies sei aber noch nicht öffentlich bekannt. Es solle jetzt darauf hingewiesen werden, dass die Bedingungen, unter denen es einem Verein möglich sei, das Hallenbad zu übernehmen, so schlecht seien, dass

dies teurer wäre als die Betreibung durch die Stadt oder die Bäder GmbH.

Im vorletzten Absatz auf Seite 62 fehle im ersten Satz („Auf Grund der noch andauernden konjunkturellen…“) ein Wort.

Es werde im Folgenden darauf hingewiesen, dass seitens der BGE Eisenbahn Güterverkehr Bergisch Gladbach GmbH das Frachtaufkommen nicht in der vertraglich vereinbarten Höhe erbracht werden konnte. Dies sei vor Allem in Bezug auf die Landesförderung problematisch, da es zu Rückforderungen kommen könne. Er bittet diesbezüglich um eine Sachstandsdarstellung.

Herr Orth verweist auf eine schriftliche Beantwortung.

Herr Dr. Kassner weist grundsätzlich darauf hin, dass die Fraktionen auf ausführliche Beteiligungsberichte angewiesen seien.

Herr Schütz und Herr Dr. Steffen kritisieren die späten Erscheinungstermine der Sachstandsberichte 2004 und 2005. Der Beteiligungsbericht 2006 solle früher fertig gestellt werden. Herr Schütz ist der Meinung, dass die Beteiligungsberichte grundsätzlich ausführlicher in den Fachausschüssen behandelt werden sollten.

Herr Dr. Fischer führt aus, ihm sei bisher nicht bekannt gewesen, dass der Bergische Löwe nicht mit 350.000,-, sondern mit fast 800.000,- EUR bezuschusst werde. Diesem Umstand müsse nachgegangen werden. Es sei für den Bereich Stadtgrün positiv zu vermerken, dass die Zuschüsse der Stadt von 2 Mio. EUR in 2001 auf 1,3 Mio. EUR zurückgegangen seien.

Die Beteiligungsberichte 2004 und 2005 werden im Übrigen zur Kenntnis genommen.

<-@

10. Festlegung von Wertgrenzen gem. § 14 GemHVO

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden, vom Verwaltungsvorschlag abweichenden **Beschluss**:

Die Wertgrenze für eine Einzelausweisung von Baumaßnahmen im Teilfinanzplan nach § 4 Absatz 4 Satz 2 Gemeindehaushaltsverordnung wird für die Stadt Bergisch Gladbach auf 100.000,- EUR Gesamtauszahlungsbedarf festgelegt.

Die Wertgrenze für eine Einzelausweisung von mobilen Vermögensgegenständen nach § 4 Absatz 4 Satz 2 Gemeindehaushaltsverordnung wird für die Stadt Bergisch Gladbach auf 50.000,- EUR Gesamtauszahlungsbedarf festgelegt.

<-@

11. Änderung der "Richtlinien zur Förderung des Außerunterrichtlichen Angebots an den Grundschulen und weiterführenden Schulen (Primar- und Sekundarstufe I) der Stadt Bergisch Gladbach"

@-> Der Rat fasst einstimmig bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN folgenden modifizierten **Beschluss**:

1. Die „Richtlinien zur Förderung des außerunterrichtlichen Angebots an den Grundschulen und weiterführenden Schulen (Primar- und Sekundarstufe I) der Stadt Bergisch Gladbach“ werden gemäß Vorlage unter Berücksichtigung der vom Jugendhilfeausschuss formulierten Änderungen rückwirkend zum 01.08.2007 geändert.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, den zu beteiligenden Ausschüssen und dem Rat überarbeitete Richtlinien so rechtzeitig vorzulegen, dass diese am 01.08.2008 in Kraft treten und die jetzigen Richtlinien ersetzen können.

<-@

12. Zielvereinbarung für die soziale Versorgung der Senioren und Seniorinnen

@-> Die Beschlussfassung wird einvernehmlich vertagt.

<-@

13. Landesfonds "Kein Kind ohne Mahlzeit"

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> 1. Die Stadt Bergisch Gladbach nimmt am Programm Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ teil.

2. Der Rat ruft die Bürgerschaft, Unternehmen und Organisationen zu Spenden auf, damit allen Bergisch Gladbacher Kindern geholfen werden kann.

<-@

14. Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten hier: Übernahme von Trägeranteilen bei Kindertagesstätten von Elterninitiativen

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden modifizierten **Beschluss**:

Die Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten erhalten mit Wirkung vom 01.08.2007 unter Ziffer 5.2 folgende Formulierung:

Übernahme der von Eltern zu leistenden Trägeranteile

Sofern Eltern in die erste Einkommensgruppe der städtischen Elternbeitragssatzung eingestuft werden oder der Elternbeitrag ganz oder teilweise gemäß der städtischen Elternbeitragssatzung erlassen wird, wird für Plätze in Kindertagesstätten von Elternvereinen und anderen Initiativgruppen, die zur Deckung des Trägeranteils eine zusätzliche Elternbeteiligung erheben, die zusätzliche Elternbeteiligung in Höhe von monatlich 12,50 € auf Antrag vom Jugendamt übernommen. Liegt der Trägeranteil darüber, wird bei Nachweis der Kosten im Rahmen eines von der Verwaltung festzulegenden Verfahrens der höhere Betrag übernommen. Die Übernahme des Trägeranteils durch die Stadt wird mit der Empfehlung verbunden, dass der ggf. von diesen Eltern seitens des Trägers noch erhobene Vereinsbeitrag die finanzielle Situation der Familie berücksichtigt. Voraussetzung zur Übernahme des Trägeranteils ist, dass das

Kind seinen Hauptwohnsitz in Bergisch Gladbach hat.

<-@

15. Vereinbarung mit dem Deutschen Kinderschutzbund über die Förderung einer Präventions- und Anlaufstelle bei Gewalt gegen Jungen und Mädchen insbesondere bei sexuellem Missbrauch

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> Der Bürgermeister wird ermächtigt, die der Vorlage beigefügte Vereinbarung abzuschließen.

<-@

16. Neu- bzw. Wiederwahl der Schiedspersonen und der stellvertretenden Schiedspersonen für die Schiedsamtsbezirke Bergisch Gladbach I (Bergisch Gladbach - alt -) und Bergisch Gladbach II (Bensberg)

@-> Der TOP wird im nicht öffentlichen Teil der Sitzung behandelt (vergleiche Protokollierung zu TOP A 1 und TOP B 5b).

<-@

17. Beschluss über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Stadtmitte" gemäß § 142 Abs. 3 Baugesetzbuch

@-> Herr Schmickler antwortet auf eine Frage von Herrn Dr. Kassner aus der Sitzung des Hauptausschusses am 11.09.2007, dass die textliche Formulierung nur hinweisenden Charakter und die Zeichnung konstituierende Funktion habe; Herr Dr. Kassner hatte auf eine Differenz zwischen der textlichen und der grafischen Abgrenzung des Sanierungsgebietes in der Vorlage hingewiesen.

Der Rat fasst jeweils einstimmig folgende **Beschlüsse**:

<-@

@->

I. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 142 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) die förmliche Festsetzung des Sanierungsgebietes „Stadtmitte“ als Satzung gemäß Anlage 1 in Verbindung mit dem in Anlage 2 dargestellten Lageplan.

II. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 142 Abs. 3 Satz 3, die Frist für die Durchführung der Sanierungsmaßnahme „Stadtmitte“ auf 15 Jahre festzulegen.

III. Die Verwaltung wird beauftragt, für das Haushaltsjahr 2008 und in der Finanzplanung 2009 ff. entsprechende Ansätze für die Sanierungsmaßnahme „Stadtmitte“ einzustellen.

<-@

18. Änderung Nr. 162/5342 - Vinzenz-Pallotti-Straße - des Flächennutzungsplanes
- Beschluss zu Stellungnahmen
- Beschluss der Änderung

@-> Herr Orth weist darauf hin, dass es sich um die Änderung 162/5342 handele. Die

ursprüngliche Vorlage weise eine falsche Bezifferung aus.

Herr Dr. Baeumle-Courth kritisiert, dass in dem Verfahren eine mögliche Verlängerung der Linie 1 nicht ausreichend berücksichtigt werde. Er habe sich intensiv um eine verbindliche Zusage bemüht, dass das Verfahren unschädlich für eine mögliche Verlängerung der Linie 1 sei; diese Zusage habe er jedoch nicht erhalten.

Herr Orth entgegnet, dass sich im weiteren Verfahren der Bebauungsplan mit dieser Frage auseinander setzen werde.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung der Änderung Nr. 162/5342 - Vinzenz-Pallotti-Str.- des Flächennutzungsplans gem. § 3 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Anregungen der Einwender
   - B1 Dr. Wolfgang Staubwasser wird nicht entsprochen,
   - B2 Karl-Heinz und Eva Mols wird nicht entsprochen,
   - B3 Doris Mols wird nicht entsprochen,
   - B4 Angelika und Martin Wiegelmann wird teilweise entsprochen,
   - B5 Hannelore und Joachim Düvel wird nicht entsprochen,
   - B6 Helga Mols wird nicht entsprochen,
   - T1 Rheinisch-Bergischer Kreis wird teilweise entsprochen,
   - T2 Landesbetrieb Straßenbau NRW, Autobahnniederlassung Krefeld wird entsprochen
   - F1 FB 3, Feuerwehr wird entsprochen.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

II. Gemäß § 2 des Baugesetzbuches wird die Änderung Nr. 162/5342 - Vinzenz-Pallotti-Str.- des Flächennutzungsplans beschlossen. Der Änderung ist eine Begründung beigefügt (§ 5 Abs. 5 BauGB).

<-@

19. Änderung Nr. 164/2162 - Feuerwache - des Flächennutzungsplanes - Beschluss der Änderung

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

I. Der Beschluss des Rates vom 01.03.2007 zur Änderung Nr. 164/2162 - Feuerwache - des FNP wird aufgehoben.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

II. Gemäß § 2 des Baugesetzbuches wird die Änderung Nr. 164/2162 - Feuerwache - des FNP beschlossen. Der Änderung ist eine Begründung beigefügt (§ 5 Abs. 5 BauGB).

<-@

20. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

20.1 Antrag der SPD-Fraktion (Eingang 31.08.2007) auf Umbesetzung im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

@-> Der Antrag wird einstimmig angenommen.

<-@

20.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 30.08.2007 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen

@-> Der Antrag wird einstimmig angenommen.

<-@

20.3 Antrag der FDP-Fraktion vom 03.09.2007 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen

@-> Der Antrag wird einstimmig angenommen.

<-@

20.4 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 03.09.2007 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen

@-> Der Antrag wird einstimmig angenommen.

<-@

21. Anträge der Fraktionen

21.1 Antrag der Fraktion BfBB vom 03.06.2007 zum Haushalt 2007

@-> Herr Lang erläutert, dass der Nothaushalt die Demokratie in der Gemeinde ausschalte. Für jede Ausgabe müsse die Genehmigung des Kreises eingeholt werden, was eine Entmündigung des Rates darstelle. Dies gebe dem Bürgermeister die Möglichkeit, die Verantwortung für unliebsame Entscheidungen dem Kreis zuzuschieben. Es sei möglich, den Haushalt 2007 auszugleichen. Der Rat könnte wieder selbst entscheiden, wenn er heute einen ausgeglichenen Haushaltsplan 2007 verabschieden würde. Die Voraussage der BfBB-Fraktion, im zweiten Halbjahr 2007 sei mit höheren Gewerbesteuereinnahmen zu rechnen als im ersten Halbjahr, sei eingetreten, und es sei nun sogar mit einem Überschuss zu rechnen.

Herr Kleine spricht der Verwaltung sein Lob aus für die erhebliche Mehrarbeit und die frühe Fertigstellung des NKF-Haushaltentwurfs 2008.
Herr Kleine, Herr Rickes und Herr Dr. Steffen sprechen sich gegen den Antrag aus, da bereits der Haushaltsentwurf 2008 vorliege.

Die BfBB-Fraktion stimmt für den Antrag. Mit Gegenstimmen der übrigen Fraktionen wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

<-@

21.2 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 27.08.2007 zur Änderung der Richtlinien über die sonstige Benutzung von Straßen

@-> Herr Schütz erläutert, dass eine mögliche Privatisierung der Bewirtschaftung der Plakatflächen zu erheblich höheren Entgelten für die Nutzung der Flächen führen würde. So würde z.B. eine Mehrwertsteuerpflicht, welche nur dem Bundeshaushalt zu Gute käme, für die private Dienstleistung eintreten. Die Stadt solle die Plakatflächen weiterhin selbst bewirtschaften und die im Antrag formulierte Gebührenerhöhung vornehmen.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag wird an den zuständigen Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr überwiesen.

<-@

21.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 28.08.2007, eine Resolution zum Kinderbildungsgesetz (KiBiz) NRW zu verabschieden

@-> Frau Beisenherz-Galas erläutert den Antrag (siehe Anlage), der mittlerweile zu einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KIDitiative und BfBB modifiziert worden sei.

Herr Gerhards erläutert den Änderungsantrag der FDP-Fraktion (siehe Anlage). Die FDP-Fraktion würde sich auch einer Überweisung in die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses anschließen.

Frau Schöttler-Fuchs und Frau Alef kritisieren den Vorschlag der Verwaltung. Es sei nicht sinnvoll, über den Antrag im Jugendhilfeausschuss im November zu diskutieren, wenn möglicherweise die Beratungen im Landtag bereits abgeschlossen seien. Frau Schöttler-Fuchs regt eine „Sondersitzung“ des Jugendhilfeausschusses an, um die Resolution rechtzeitig verabschieden zu können.

Herr Dr. Kassner und Herr Mömkes erläutern, dass der Rat den Antrag - wie üblich - ohne Aussprache an den zuständigen Fachausschuss überweisen solle. Herr Mömkes führt aus, dass das KiBiz dem Landtag bisher lediglich als Gesetzesentwurf vorliege und völlig ergebnisoffen diskutiert werde. Er verliest kritisch einen Auszug aus einem im Internet veröffentlichten Protokoll des „Forums Förderung von Kindern“. Die Besprechung habe am Donnerstag, dem 16.08.2007 im ver.di-Beszirksverband Dortmund stattgefunden: „Herr S. berichtet, dass nach einer viertägigen Kampagnenplanung des ver.di-Bezirks Dortmund, die - mit Unterstützung eines Beratungsunternehmens durchgeführt - am Vortag abgeschlossen werden konnte, einerseits deutlich wurde, dass nicht mehr auf die Sachargumente abgestellt werden soll, sondern emotionale Eskalation stattfinden müsse. Im Rahmen der Kampagne sollen alle Politikerinnen und Politiker der Regierungskoalition bei persönlichen und dienstlichen Anlässen permanent und penetrant angesprochen und aufgefordert werden, dem Regierungsentwurf nicht zuzustimmen. Dieser wird grundsätzlich abgelehnt. Es wird davon ausgegangen, dass der Höhepunkt der Aktion zum Zeitpunkt der Beschlussfassung am 25.10.2007 liegt, dass jedoch ein Tätigbleiben über diesen Zeitpunkt hinaus erforderlich sein wird. Durch die Vielzahl und die Variation von Aktionen sollen Unsicherheiten verbreitet werden.“

Herr Orth erläutert, dass die Geschäftsordnung eine Überweisung ohne Aussprache an den zuständigen Fachausschuss vorsehe. Es könne jedoch ein entsprechender Antrag gestellt werden, dass der Rat die Entscheidung an sich ziehen solle.

Herr Waldschmidt führt aus, dass die SPD-Fraktion den Vorschlag der Verwaltung, den Antrag im Jugendhilfeausschuss zu behandeln, unterstützen werde. Er beantragt eine „Sondersitzung“ des Jugendhilfeausschusses bzw. ein Vorziehen der Sitzung im November.

Herr Lang beantragt zur Geschäftsordnung, der Rat möge die Beratungen an sich ziehen und sich heute mit den Anträgen zu einer Resolution zum KiBiz befassen.

Herr Orth erläutert, dass sich aus einer möglichen Ablehnung dieses Antrages zur Geschäftsordnung ergeben würde, dass der gemeinsame Antrag und der Änderungsantrag der FDP-Fraktion an den Jugendhilfeausschuss überwiesen werden sollen.

Für den Antrag zur Geschäftsordnung von Herrn Lang stimmen die Fraktion KIDitiative und die BfBB-Fraktion. Mit Gegenstimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion wird der Antrag bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich abgelehnt.

<-@

21.4 Antrag der SPD-Fraktion vom 27.08.2007, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um das Schwimmbad Mohnweg zu sanieren und so als Standort für das Schul- und Vereinsschwimmen zu erhalten

@-> Der Antrag wird einvernehmlich an den zuständigen Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport und den Finanz- und Liegenschaftsausschuss überwiesen.

<-@

21.5 Antrag der CDU- Fraktion vom 27.08.2007 zum Antrag der SPD-Fraktion vom 27.08.2007 "Schwimmbad Mohnweg"

@-> Der Antrag wird einvernehmlich an den zuständigen Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport und den Finanz- und Liegenschaftsausschuss überwiesen. Soweit sich der Antrag auf Überlegungen zum Hans-Zanders-Bad bezieht, ist er zuständigkeitshalber an den Aufsichtsrat der Bäder GmbH zu überweisen.

<-@

21.6 Antrag der CDU-Fraktion vom 31.08.2007
1. die städtischen Schulgelände vor unbefugter Nutzung zu schützen und
2. den Schutz der Anwohner vor Lärmbelästigung außerhalb der Schulzeiten in geeigneter Form sicherzustellen

@-> Herr Schütz erläutert, der Antrag solle auch an den Jugendhilfeausschuss überwiesen werden.

Der Antrag wird einvernehmlich an den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport, den Finanz- und Liegenschaftsausschuss sowie den Jugendhilfeausschuss überwiesen.

<-@

21.7 Antrag der CDU-Fraktion vom 03.09.2007, die Verwaltung zu beauftragen, eine "Baugenehmigung in 24 Stunden" nach dem Vorbild der Stadt Köln auch in der Stadt Bergisch Gladbach einzuführen

@-> Der Antrag wird einvernehmlich an den zuständigen Hauptausschuss überwiesen.

<-@

21.8 Antrag der CDU-Fraktion vom 03.09.2007, den Flächennutzungsplan der Stadt Bergisch Gladbach bis 2009 fortzuschreiben

@-> Der Antrag wird einvernehmlich an den zuständigen Hauptausschuss überwiesen.

<-@

21.9 Antrag der CDU-Fraktion vom 03.09.2007, in der Straße "Neuenweg" in Bensberg alternierende Parkbuchten einzurichten

@-> Der Antrag wird einvernehmlich an den zuständigen Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr überwiesen.

<-@

21.10 Antrag der CDU-Fraktion vom 05.09.2007 zur Gründung einer "Infrastruktur- und Stadtentwicklungsgesellschaft"

@-> Der Antrag wird einvernehmlich an den zuständigen Hauptausschuss überwiesen.

<-@

21.11 Antrag der CDU-Fraktion vom 05.09.2007, eine Resolution zum Erhalt des gegliederten Schulsystems im Rat der Stadt Bergisch Gladbach zu verabschieden

@-> Frau Koshofer weist auf einen Änderungsantrag der FDP-Fraktion hin. Der Änderungsantrag ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Antrag der CDU-Fraktion und der Änderungsantrag der FDP-Fraktion werden einvernehmlich an den zuständigen Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport überwiesen.

<-@

22. Anfragen der Ratsmitglieder

@-> Herr Kamp: Anfrage zur Kanal- und Straßenbaumaßnahme Kippekausen

Herr Kamp fragt, ob die Verwaltung den einstimmigen Beschluss des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 24.05.2006 zur Kanal- und Straßenbaumaßnahme Kippekausen ausgeführt habe. Es sei beschlossen worden, dass die Anregung in den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr überwiesen werden sowie

eine Ortsbegehung und eine Bürgerinformationsveranstaltung durchgeführt werden sollten.

Herr Schmickler antwortet, dies sei so geschehen: Es sei eine Ortsbegehung durchgeführt worden, zu der alle Ratsmitglieder eingeladen, aber nur zwei oder drei erschienen seien. Eine Bürgerinformationsveranstaltung sei nochmals durchgeführt worden. Das Protokoll werde erstellt und dann könne wie beschlossen der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr weiter verfahren.

Herr Jung: Anfrage zur Sanierung des Pflasters in der Fußgängerzone Gladbach

Herr Jung fragt, wann eine Sanierung des Pflasters in der Fußgängerzone Gladbach vorgenommen werde. Die Verwaltung habe zwar ihrerseits ein Handeln angekündigt, bisher sei der zuständige Ausschuss jedoch noch nicht einmal mit einem Planungsvorschlag befasst worden. Er habe kürzlich einen Sturz einer älteren Dame mit Verletzungsfolge in der Fußgängerzone beobachten müssen.

Herr Schmickler antwortet, dass im Jahr 2008 - im Rahmen der Planungen zur Regionale 2010 - für den Bereich Fußgängerzone Gladbach Pläne aufgestellt werden sollen. 2009/2010 könnten diese Pläne dann realisiert werden. Diese zeitliche Dimension sei auch mit dem Versicherungsverband abgestimmt worden.

Frau Münzer: Anfragen zur städtischen Informationsveranstaltung zum Bebauungsplan Nr. 5285 - Eichelstraße -

Die Fragen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt. Frau Münzer bittet um eine schriftliche Beantwortung noch vor der nächsten Sitzung des Planungsausschusses.

Herr Dr. Fischer: Anfrage zum Fluglärm in Bensberg

Herr Dr. Fischer erläutert, dass der Fluglärm in Bensberg nach Aussagen von Bürgern innerhalb der letzten drei Wochen erheblich zugenommen habe. Er fragt, ob der Bürgermeister als Mitglied der Fluglärmkommission herausfinden könne, ob bezüglich der Fluglinien und der Flugkorridore über Bensberg Änderungen vorgenommen wurden und ob diese erfasst und wieder beseitigt werden könnten.

Herr Orth antwortet, dass er Herrn Dr. Fischer die Fluglärmberichterstattung für den entsprechenden Zeitraum zur Verfügung stellen könne.

Frau Alef: Anfrage zu Aktionen zum Weltkindertag

Frau Alef fragt, ob in Bergisch Gladbach heute Aktionen anlässlich des Weltkindertages durchgeführt worden seien.

Herr Hastrich antwortet, dass der Rat im Jahre 2006 die Schließung des Kinderbüros beschlossen habe. Daher könne die Stadt keine Aktionen zum Weltkindertag mehr

durchführen.

Herr Orth ergänzt, dass es jedoch sehr erfolgreiche private Veranstaltungen gegeben hätte.

Frau Alef: Anfrage zum Stand der Verhandlungen bezüglich einer möglichen Ansiedelung von CAP-Märkten in Paffrath

Frau Alef bittet um eine Sachstandsmitteilung zum Stand der Verhandlungen bezüglich einer möglichen Ansiedelung von CAP-Märkten in Paffrath.

Herr Orth verweist auf eine Beantwortung im nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Herr Dr. Steffen: Anfragen zur Beschilderung am Gierather Mühlenweg im Bereich der ehemaligen Gierather Mühle

Die Fragen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt. Herr Dr. Steffen bittet um eine schriftliche Beantwortung.

Herr Rosen: Anfrage zum bevorstehenden Bau des Porsche-Zentrums Meisheide

Herr Rosen erläutert, dass Anwohner geäußert hätten, über den bevorstehenden Bau des Porsche-Zentrums Meisheide nicht informiert worden zu sein. Er gehe davon aus, dass die Stadt dabei die erforderlichen Mindeststandards eingehalten habe und fragt, ob die Verwaltung nicht umfangreicher hätte informieren bzw. den Investor dafür hätte gewinnen können.

Herr Schmickler antwortet, dass der Investor vor längerer Zeit signalisiert hätte, auf die Anwohner zuzugehen. Ihm sei jedoch nicht bekannt, ob eine Information durch den Investor erfolgt sei. Es habe sich dann eine Bürgerinitiative gebildet, die bei der Verwaltung jedoch keine Informationen erbeten habe. Er persönlich hätte gerne Kontakt vermittelt, habe jedoch selbst nur aus der Presse von dem geschilderten Sachstand erfahren. Die Verwaltung führe das Verfahren so durch, dass die gesetzlichen Anforderungen erfüllt würden.

Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zum Ratsinformationssystem (RIS)

Herr Dr. Baeumle-Courth erläutert, er sei von Bürgerinnen und Bürgern darauf angesprochen worden, dass die Niederschrift des Planungsausschusses vom 16.08.2007 im RIS noch nicht abrufbar sei. Dies habe er der Verwaltung schon mitgeteilt. Er bittet um eine prozesstechnische Darstellung der immer wieder auftretenden Probleme und fragt, ob die Freigabe der Unterlagen im RIS künftig zeitnaher vorgenommen werden könnte.

Herr Schmickler antwortet, dass die Schriftführung/Geschäftsführung des jeweiligen Ausschusses die Niederschriften/Einladungen erstelle und nach der Unterschrift der bzw. des Ausschussvorsitzenden für das RIS frei schalte. Es komme leider immer

wieder vor, dass dieser Arbeitsschritt vergessen werde oder zu spät erfolge. Eine Prozessoptimierung sei nicht möglich, da das Problem nicht systembedingt sei.

Frau Beisenherz-Galas: Anfrage zur Bücherei Bensberg

Frau Beisenherz-Galas fragt, welche Pläne die Verwaltung zur Gewährleistung der Aufrechterhaltung eines geordneten Bibliotheksbetriebs verfolge, wenn der Bau des Progymnasiums nicht bis Ende 2007 fertig gestellt sein sollte. Sie bittet um eine schriftliche Beantwortung der Frage noch vor der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport.

Herr Orth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

<-@